

Österreicher stellen Euro infrage

Umfrage. Nur noch 37 Prozent sehen Vorteile in der Gemeinschaftswährung. Gebildete sind deutlich positiver eingestellt als weniger Gebildete. Eine gemeinsame europäische Wirtschaftslenkung wird mehrheitlich abgelehnt.

VON WOLFGANG BÖHM

[WIEN] Die Eurokrise hat die Österreicher tief verunsichert. Sie stellen die Vorteile der gemeinsamen Währung infrage und lehnen den von mehreren EU-Regierungen forcierten Lösungsansatz einer stärkeren Kontrolle der Mitgliedstaaten durch EU-Institutionen ab. Laut Umfrage der Gesellschaft für Europapolitik (ÖGFE), die der „Presse“ exklusiv zur Verfügung gestellt wurde, glauben nur noch 37 Prozent, dass Österreich von der Mitgliedschaft in der Währungsunion „eher profitiert“ hat. 48 Prozent sind der Ansicht, dass unser Land „eher nicht profitiert“ hat. Der Rest sieht keinen Unterschied zum Schilling.

„Der zögerliche Umgang mit der Schuldenkrise hat derzeit einen negativen Einfluss auf das Meinungsbild der Österreicher zum Euro“, interpretiert Paul Schmidt, Generalsekretär der ÖGFE, das Ergebnis. Die repräsentative Umfrage, die von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft durchgeführt wurde, zeigt aber auch eine tiefe Kluft zwischen besser und weniger gut ausgebildeten Gruppen. Während 59 Prozent der Österrei-

cher mit Hochschulabschluss noch immer eine positive Bilanz über den Euro ziehen, sind es bei jenen mit Pflichtschulabschluss nur 24 Prozent. 61 Prozent dieser Gruppe glauben „eher nicht“, dass Österreich profitiert hat. Schmidt sieht hier die Notwendigkeit, die Vorteile des Euro besser zu erklären. „Gerade als kleines und exportorientiertes Land profitieren wir massiv von der Währungsunion. Etwa 55 Prozent der österreichischen Exporte gehen in den Euroraum und sichern rund eine halbe Million unserer Arbeitsplätze.“ Obwohl nach wie vor viele Österreicher der Ansicht sind, dass der Euro eine höhere Teuerung gebracht hat, kann die Oesterreichische Nationalbank belegen, dass die durchschnittliche jährliche Inflationsrate in den ersten zwölf Jahren des Euro mit 1,8 Prozent unter jener in Schillingzeiten lag.

Mehrheit gegen Budgetkontrolle

Eine klare Absage erteilen die Österreicher – und zwar alle Bildungsschichten – einer stärkeren wirtschaftspolitischen Lenkung der EU, wie sie vom französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, der deutschen Bundeskanzlerin Angela

Umfrage zur Eurokrise

Alle Angaben in Prozent, Rest auf 100 = weiß nicht/k. A.

Hat Österreich vom Euro **eher profitiert** oder **eher nicht?**

Gesamt 37 48

NACH SCHULBILDUNG

Hochschule 59 21

Mittelschule 52 34

HaSch/BS 29 57

Pflichtschule 24 61

NACH PARTEIPRÄFERENZ

SPÖ 43 42

ÖVP 56 33

Grüne 60 28

FPÖ 8 79

BZÖ 25 47

KPÖ 24 76

Keine 34 54

Sollten EU-Institutionen direkten Einfluss auf Bereiche nehmen können, die momentan in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten liegen? **Ja Nein**

BUDGETPOLITIK

33 58

STEUERPOLITIK

32 60

LOHNVERHANDLUNGEN

25 66

PENSIONSREGELUNGEN

28 64

Wären die „Vereinigten Staaten von Europa“ längerfristig ein passendes EU-Modell? **Ja Nein**

30 50

GRAFIK: „Die Presse“ [GK]
QUELLE: ÖGFE, 1008 Befragte im September 2011

Merkel, aber auch von zahlreichen anderen Regierungen und den EU-Institutionen forciert wird. 58 Prozent der Österreicher sind dagegen, dass die EU Einfluss auf die nationale Budgetpolitik nimmt. 33 Prozent sind dafür. Abgelehnt wird mit

deutlicher Mehrheit (66%) auch eine Einflussnahme auf die Lohn- und Kollektivvertragsverhandlungen. Ähnlich hoch ist die Ablehnung bei der möglichen Korrektur des heimischen Pensionssystems (64%). Jenes Drittel der Bevölke-

rung, das ein stärkeres Durchgriffsrecht der EU-Institutionen gegen nationale Fehlentwicklungen befürwortet, dürfte mit jenem ident sein, das sich für die Gründung eines europäischen Überstaats erwärmen könnte. Immerhin 30 Prozent nennen die „Vereinigten Staaten von Europa“ ein „passendes Modell“. 50 Prozent lehnen es ab (Rest: unentschieden).

Schmidt sieht ein problematisches Spannungsfeld in der österreichischen Gesellschaft und verweist auf frühere Umfragen der ÖGFE, die stets den Wunsch nach mehr europäischen Lösungen ergeben haben. „Die große Mehrheit der Österreicher erwartet sich gemeinsame europäische Antworten auf globale Fragen, wie etwa Wirtschaftskrisen, Klimaschutz, internationale Kriminalität und Migration. Trotzdem reicht das Vertrauen in die gegenwärtigen EU-Strukturen zurzeit nicht aus, um einem weiteren Kompetenztransfer zuzustimmen. Die Menschen vermischen demokratische Kontroll- und Mitentscheidungsmöglichkeiten. Der Legitimitätsgedanke ist ihnen wesentlich näher als eine raschere und möglicherweise effizientere Entscheidungsfindung.“